

Komitee will sozialverträgliche Lösung für Berner Kitas

Aktualisiert am 07.05.2013 1 Kommentar

Im Abstimmungskampf um die Betreuungsgutscheine für Stadtberner Kindertagesstätten engagiert sich ein links-grünes Komitee für eine, wie es schreibt, «sozialverträgliche Lösung».



Das Volk entscheidet im Kampf über die Betreuungsgutscheine für die Stadtberner Kindertagesstätten.
Bild: Franziska Scheidegger

Artikel zum Thema

Betreuungsgutscheine: der Ball ist wieder beim Berner Volk

Kita-Gutscheine: Befürworter fürchten um den freien Markt

Kinderbetreuung mit Gutscheinen: Vorbereitungen laufen auf Hochtouren

Teilen und kommentieren

Bei der Abstimmung geht es nicht mehr um die Frage, ob die Stadt Betreuungsgutscheine einführt oder nicht. Diesen Systemwechsel zur Finanzierung der Kindertagesstätten hat das Stadtberner Stimmvolk bereits beschlossen.

Hingegen ergriffen rot-grüne Parteien gegen die konkrete Ausgestaltung des Systemwechsels das Referendum. Nun müssen die Stimmberechtigten entscheiden, ob sie einem Volksvorschlag oder der Stadtratsvorlage den Vorzug geben.

Anders als die Stadtratsvorlage beharrt der Volksvorschlag auf einem fixierten Maximalbetrag für die Eltern und sieht weiterhin eine Defizitgarantie für die städtischen Kitas vor.

Komitee sieht Koexistenz in Gefahr

Heute verfüge die Stadt Bern über ein vielseitiges Kita-Angebot, in dem öffentliche und private Betriebe ein konstruktives Miteinander pflegten, schreibt das Komitee in einer Mitteilung vom Dienstag.

Die öffentlichen Kitas übernehmen bei betreuungsintensiven Kindern viel Verantwortung und leisteten einen überproportionalen Anteil an die Ausbildung von Fachpersonal. Die privaten Kitas steuerten währenddessen einen bedeutenden Teil zur Gesamtzahl der Betreuungsplätze bei.

Das vom Stadtparlament beschlossene Modell sei ausgesprochen marktorientiert und gefährde diese friedliche Koexistenz, befürchtet das Komitee. Mit der Abschaffung der Tarifobergrenze werde zudem das soziale Tarifgefüge aus den Angeln gehoben und Familien mit tieferen Einkommen stärker belastet. Der Volksvorschlag sei hingegen ein pragmatischer Schritt und ermögliche eine rasche Umsetzung des neuen Finanzierungsmodells. (mer/sda)

Erstellt: 07.05.2013, 13:10 Uhr

[Alle Kommentare anzeigen](#)